

Niederschrift

über die 12. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses am 22.08.2007

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Herrn Bürgermeister Scheib vom 13.08.2007 am Mittwoch, dem 22.08.2007, um 17.00 Uhr, im Saal des Bürgerhauses versammelt.

Unter dem Vorsitz von Herrn Bürgermeister Scheib waren anwesend:

I. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses

1. stellv. Bürgermeister Norbert Schreier/CDU
2. Ratsmitglied Susanne Brandenburg/CDU
3. „ Walter Corbat/CDU
4. „ Peter Hancke/CDU für Ute-Lucia Krall/CDU
5. „ Claudia Schlottmann/CDU
6. „ Angelika Urban/CDU
7. „ Heinz-Georg Wingartz/CDU
8. „ Reinhard Zenker/CDU
9. „ Birgit Alkenings/SPD
10. „ Hans-Georg Bader/SPD
11. „ Anabela Barata/SPD
12. „ Torsten Brehmer/SPD
13. „ Dagmar Hebestreit/SPD
14. „ Rolf Mayr/SPD
15. „ Hans-Werner Schneller/SPD
16. „ Kurt Wellmann/SPD für Jürgen Scholz/SPD
17. „ Ludger Reffgen/BA
18. „ Udo Weinrich/BA
19. „ Klaus-Dieter Bartel/Grüne
20. „ Horst Welke/FDP für Rudolph Joseph/FDP
21. „ Werner Horzella/dUH

es fehlten:

22. Ratsmitglied Achim Kleuser/Fraktionslos

II. von der Verwaltung:

1. Bürgermeister Scheib
2. 1. Beigeordneter Thiele
3. Beigeordneter Danscheidt
4. Stadtoberverwaltungsrat Klausgrete/II/20
5. Stadtverwaltungsrat Witek/I/14
6. Stadtverwaltungsrat Wachsmann/01
7. Stadtamtsrat Becker/01, zugleich als Schriftführer

8. Stadtsekretärin Frau Fritsch/01

Tagesordnung:

Gegen 17.30 Uhr wird die Sitzung zur Einwohnerfragestunde unterbrochen

I. Öffentliche Sitzung

1. Anregungen und Beschwerden

- a) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Antrag auf Unterschutzstellung des Gebäudes Benrather Str. 62
Antrag des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. vom 10.03.2007
– SV 60/071
- b) Anregung nach § 24 GO NW
hier: Antrag des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. auf Erstellung eines Falblattes
für das Wilhelm-Fabry-Museum – SV 01/076

2. Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- a) Alter Markt
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 25.04.2007 – SV 66/087
- b) Verkehrskonzept Am Kronengarten – Heiligenstraße
hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 05.06.2007 – SV 66/094

3. Haushalts- und Finanzangelegenheiten

- a) Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF
hier: Sachstand der Einführung der Internen Leistungsverrechnung (ILV) im NKF
– SV 20/107
- b) Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.01.2007 bis 30.06.2007 – SV 20/106

4. Anträge

- a) Sanierung Sportplatz Kalstert
hier: Antrag der CDU-Fraktion in der Ratssitzung am 13.06.2007 – SV 66/093
- b) Errichtung einer Baseballanlage – neuer Antrag des SV Hilden-Ost vom 20.07.2007
– SV 51/207
- 5. Kindergartenplanung der Kath. Kirche – Verträge mit der Kath. Kirchengemeinde St. Jacobus
– SV 51/208
- 6. Fortführung des Projektes Busschule – SV 01/088
- 7. Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ – SV 51/209
- 8. Anonym angeordnete Beisetzungen des Ordnungsamtes – SV 68/029
- 9. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

10. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

II. Nichtöffentliche Sitzung

11. (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
12. (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
13. Vertragliche Regelungen zum HGZ ab 2008 – SV 23/037
14. Vergabemitteilungen – SV 20/108
15. Übernahme einer Bürgschaft für die Wohnungsbaugesellschaft Hilden mbH – WGH – SV 20/109

I. Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, eröffnete die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die erschienenen Zuhörer. Zur Tagesordnung stellte er fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Sodann wurde wie folgt beraten:

I. Öffentliche Sitzung

1. Anregungen und Beschwerden

- a) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Antrag auf Unterschutzstellung des Gebäudes Benrather Str. 62
Antrag des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. vom 10.03.2007 – SV 60/071
Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss bestätigt des Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses, den Antrag auf Unterschutzstellung des Gebäudes Benrather Straße 62 abzulehnen.“

- b) Anregung nach § 24 GO NW
hier: Antrag des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. auf Erstellung eines Faltblattes für das Wilhelm-Fabry-Museum – SV 01/076

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss bestätigt folgenden Beschluss des Kulturausschusses:

Der Kulturausschuss nimmt dankend Kenntnis von dem Angebot des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. bei der Erstellung eines Faltblattes für das Wilhelm-Fabry-Museum mit zu helfen.“

2. Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

a) Alter Markt
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 25.04.2007 – SV 66/087

Nach kurzer Aussprache stimmte der Haupt- und Finanzausschuss wie folgt über den Beschlussvorschlag ab:

Ziffern 1, 2a, 3 und 4 Satz1: einstimmig ja
Ziffer 4 Satz 2: 8 Ja (CDU-Fraktion)
14 Nein (übrige Fraktionen)

Damit fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss und im Stadtentwicklungsausschuss:

1. Es wird eine elektrische Polleranlage am Übergang Marktstr / „Alter Markt“ installiert. Hierfür werden im Produkt 120101 35.000€ in den Haushalt 2008 eingestellt. Diese Mittel werden in 2008 im Vorgriff auf den Haushalt freigegeben.
- 2.a Es werden keine zusätzlichen Hydranten zur Wasserversorgung für Veranstaltungen installiert
3. Für die Kostenforderungen der T-Com und der Unitymedia nach dem Telekommunikationsgesetz für die Schaltschrankverlagerung werden vorsorglich 46.000€ im Produkt 120101 in den Haushalt 2008 eingestellt. Diese Mittel werden in 2008 im Vorgriff auf den Haushalt freigegeben.
4. Zur Müllentsorgung können die städtischen Fahrzeuge weiterhin die „Platzumfahrung“ benutzen. ~~Die Platzreinigung wird von Kehrmaschinenreinigung auf Handreinigung umgestellt.“~~

b) Verkehrskonzept Am Kronengarten – Heiligenstraße
hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 05.06.2007 – SV 66/094

Rm. Alkenings/SPD begründete noch mal das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion Stadtentwicklungsausschuss und reichte folgenden geänderten Antrag ein:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung der Mittel für die Verkehrserhebung in der Heiligenstraße. Die Kosten belaufen sich auf 12.000 Euro. Es wird ein HV 6 angebracht.

Begründung:

Die Überplanung der Heiligenstraße sollte nicht erst mit dem Ausbau der Straße Am Kronengarten erfolgen. Beide Maßnahmen müssen getrennt voneinander betrachtet werden. Da dringender Handlungsbedarf auf der Heiligenstraße besteht, sollte bereits in 2007 mit den vorbereitenden Maßnahmen begonnen werden. In die Verkehrserhebung sollen auch die Verkehrsbeziehungen in der Kolpingstraße und der Südstraße in die Untersuchung einbezogen werden.

Nach kurzer Aussprache lehnte der Haupt- und Finanzausschuss auch diesen geänderten Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

3. Haushalts- und Finanzangelegenheiten

- a) Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF
hier: Sachstand der Einführung der Internen Leistungsverrechnung (ILV) im NKF
– SV 20/107
-

Ohne Aussprache nahm der Haupt- und Finanzausschuss den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Einführung der Internen Leistungsverrechnung (ILV) im NKF zur Kenntnis.

- b) Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.01.2007 bis 30.06.2007 – SV 20/106
-

Ohne Aussprache nahm der Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.01.2007 bis 30.06.2007.

4. Anträge

- a) Sanierung Sportplatz Kalstert
hier: Antrag der CDU-Fraktion in der Ratssitzung am 13.06.2007 – SV 66/093

Nach den Erläuterungen der Verwaltung fasste der Haupt- und Finanzausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung (dUH-Fraktion) einstimmig folgenden (geänderten) Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem SV Hilden-Ost abzustimmen, ob im Hinblick auf den Spielbetrieb ein früherer Maßnahmenbeginn oder alternativ eine spätere Fertigstellung des Kunstrasenplatzes gewünscht wird.“

- b) Errichtung einer Baseballanlage – neuer Antrag des SV Hilden-Ost vom 20.07.2007 – SV 51/207
-

Bürgermeister Scheib teilte mit, dass nach nochmaligen Gesprächen der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert erklärte, jetzt als Alternative zu einer Bürgschaft auch eine dingliche Absicherung über eine Grundschuld die Bedingungen der Sparkasse akzeptiert würde. Vor diesem Hintergrund schlug Bürgermeister Scheib vor, eine Entscheidung auf die nächste Sitzung des Rates zu vertagen, um dem Verein nochmals Gelegenheit zu geben, mit der Sparkasse noch einmal nach zu verhandeln. Das entsprechende Schreiben der Sparkasse werde er der Niederschrift beifügen (Anlage1)

Rm. Horzella/dUH bat bis dahin um konkrete Mitteilung der Auswirkungen der Erhöhung des Zuschussbetrages aus den Mitteln für die Sportförderung auf die übrigen Vereine.

Die Ratsmitglieder Weinrich/BA und Welke/FDP signalisierten grundsätzlich die Unterstützung des Vereins durch ihre Fraktionen. Die Fraktionen CDU und SPD wollten ihre weitere Haltung nach dieser Mitteilung erst intern in einer Fraktionssitzung abstimmen.

Für die Fraktion Bündnis090/Die Grünen erläuterte Rm. Bartel, dass auch unter den neuen Umständen der Antrag des Vereins im Hinblick auf den Flächenverbrauch, den Unwägbarkei-

ten des Finanzierungskonzeptes und im Hinblick auf die übrigen Sportvereine abgelehnt werde.

Nach kurzer Aussprache wurde die Sitzungsvorlage einstimmig auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hatte sich niemand gemeldet.

5. Kindergartenplanung der Kath. Kirche – Verträge mit der Kath. Kirchengemeinde St. Jacobus – SV 51/208

Rm. Welche reichte für die FDP-Fraktion folgende Fragen ein:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, folgende Punkte bis zur nächsten Ratssitzung schriftlich zu beantworten:

1. Zum Betriebsübertragungsvertrag (Entwurf) Tageseinrichtung St. Johannes-Evgl.

- a) *Auflistung aller bestehenden Dauerschuldverhältnisse (§ 3)
Begründung: Die Stadt tritt in alle bestehenden Verträge ein und darf keine unkalkulierbaren Risiken eingehen.*
- b) *Auflistung aller in Anspruch genommenen öffentlichen Zuschüsse (§ 7) Begründung: Bei nicht zweckentsprechender Verwendung oder formaler Verstöße gegen Auflagen/Nebenbestimmungen könnten Rückforderungen der Zuschussgeber entstehen, für die die Stadt Hilden dann in Anspruch genommen würde.*
- c) *Aufstellung einer Liste des zu übernehmenden Personals einschl. Qualifikation und Vergütungshöhe.
Frage: Passt die bestehende Vergütung dieser Kräfte in das städtische Tarifgefüge oder ist zu erwarten, dass die übernommenen Betreuungskräfte für dieselbe Arbeit mehr oder weniger als vergleichbare städtische Bedienstete erhalten?*

2. Zum Vertragsentwurf „Sonderzuschuss“ KiTa St. Josef, Walder Straße 34-38

Der Begriff „Sonderzuschuss“ in der Beschlussvorlage suggeriert eine einmalige finanzielle Belastung für die Stadt und ist damit irreführend. Vielmehr ist lt. Vertragsentwurf vorgesehen, dass die Stadt Hilden ab dem 1. August 2008 sämtliche Betriebskosten unbefristet alleine übernimmt.

Wie wird dieses in Zukunft haushaltsrechtlich geregelt?

Nach kurzer Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss bei einer Enthaltung (FDP-Fraktion) einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt stimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss den vorgelegten Vertragsentwürfen zwischen der kath. Kirchengemeinde St. Jacobus und der Stadt Hilden zur

- Übernahme der Trägerschaft für die 2-gruppige Kath. Kindertageseinrichtung St. Johannes Evangelist, Walter-Wiederhold-Str. 16, zum 1.08.2008 durch die Stadt Hilden (Betriebsübertragungsvertrag)
- Gewährung eines Sonderzuschusses für die 2-gruppige Kath. Kindertageseinrichtung St. Josef, Walder Straße 34-38

In der vorgelegten Form zu.“

6. Fortführung des Projektes Busschule – SV 01/088

Seitens der Fraktionen BA und FDP wurde bemängelt, die Rheinbahn, obwohl sie von diesem Projekt auch profitiere, finanziell offensichtlich nichts zu diesem Projekt beitrage. Bürgermeister Scheib sicherte zu, mit der Rheinbahn ein Gespräch über eine finanzielle Beteiligung zu führen.

Die CDU-Fraktion erklärte, eine Entscheidung erst treffen zu wollen, wenn das Ergebnis der Untersuchung durch die Universität Wuppertal vorliege.

Nach kurzer Aussprache wurde die Sitzungsvorlage vertagt.

7. Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ – SV 51/209

Nach ausführlicher Diskussion, in deren Verlauf alle Fraktionen die Einrichtung des Landesfonds begrüßten, gleichzeitig aber auch den enormen bürokratischen Aufwand und die Begrenzung der Maßnahme auf 2 Jahre bemängelten, fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, sich am Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ zu beteiligen.
2. Bei dem zuschussberechtigten Personenkreis für den Landesfonds richtet sich die Zuschussgewährung nach den Landesrichtlinien – die „Richtlinien für die Teilnahme von Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und nachschulischen Betreuungsformen“ finden in diesem Fall keine Anwendung.“

8. Anonym angeordnete Beisetzungen des Ordnungsamtes – SV 68/029

Nach ausführlicher Diskussion fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden, auf Antrag der CDU-Fraktion ergänzten Beschluss:

„Der gemeinschaftlich von der evangelischen Kirchengemeinde Hilden und dem katholischen Kirchengemeindeverband Hilden am 12.07.2007 gestellte Antrag, vom Ordnungsamt angeordnete anonyme Bestattungen künftig nicht mehr auf dem anonymen Gräberfeld, sondern in pflanzfreien Reihengräbern vorzunehmen, wird zurückgewiesen.

Die Verwaltung wird gebeten, den Kirchenverbänden auch bei vom Ordnungsamt angeordneten anonymen Bestattungen die Möglichkeit der Trauerbegleitung bis zur Grabstätte zu bieten.“

9. **Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen**

a) CO-Pipeline

Bürgermeister Scheib informierte die Mitglieder des Ausschusses über ein mit Vertretern der Fa. Bayer stattgefundenes Gespräch bei dem die Firmenvertreter einräumten, dass die bisherige Kommunikation nicht optimal gelaufen sei. Die Fa. sei sich mittlerweile im klaren darüber, dass die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Gemeinden kein Vertrauen mehr in die Aktivitäten der Fa. Bayer habe.

Von einem sofortigen Baustopp, was sicherlich geeignet wäre, das Vertrauen zurück zu gewinnen, hätten die hauseigenen Juristen allerdings abgeraten, da damit die Eilbedürftigkeit bei den Enteignungsverfahren in Frage gestellt würde.

Stattdessen werde Bayer in den nächsten Tagen einen Infobrief an alle Haushalte versenden. Dieser Infobrief ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Weiter berichtete Bürgermeister Scheib über den am gestrigen Tage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf stattgefundenen Anhörungstermin zu dem Widerspruchsverfahren eines privaten Klägers gegen die Enteignung. Der entsprechende Aktenvermerk der Rechtsabteilung ist der Niederschrift ebenfalls beigelegt (Anlage 3).

b) Weihnachtsmarkt

Beig. Danscheidt teilte mit, dass es in diesem Jahr keinen mehrwöchigen Weihnachtsmarkt geben wird. Die Stadtmarketing GmbH hätte sich hierzu entschlossen, nachdem sich nicht genügend qualifizierte Bewerber angemeldet haben. Als Grund hierfür wird der wegen der Sanierung des Alten Marktes und den damit verbundenen zeitlichen Unwägbarkeiten späte Ausschreibungstermin gesehen.

Für nächstes Jahr soll ein erneuter Anlauf erfolgen.

10. **Entgegennahme von Anfragen und Anträgen**

a) Rm. Alkenings/SPD – bewegliche Ferientage

Rm. Alkenings reichte für die SPD-Fraktion folgende Anfrage ein:

Neben den im Rahmen der Ferienordnung durch das Schulministerium festgelegten Ferienanfängen und -enden stehen den Schulen vier bewegliche Ferientage zur Verfügung. Mindestens einer dieser beweglichen Ferientage ist den örtlichen Verhältnissen bei Festen entsprechend, insbesondere bei Volks- und Heimatfesten und in der Karnevalszeit, als Brauchtumstag festzulegen.

Die Schulkonferenz entscheidet über die Terminierung der beweglichen Ferientage im Einvernehmen mit dem Schulträger. Eine einheitliche Regelung für alle Schulen ist anzustreben.

Aufgrund von Elternbeschwerden wegen unterschiedlicher Festlegung beweglicher Ferientage wird die Verwaltung um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen gebeten.

1. *Wurden in der Vergangenheit die Vorgaben des entsprechenden Erlasses eingehalten, und wie wurde das Einvernehmen mit dem Schulträger hergestellt?*
2. *Gilt der Bezugserrlass auch für die Schulen, die sich nicht in städtischer Trägerschaft befinden (Ersatzschulen, Privatschulen)?*
3. *Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung zu einer umfassenden einheitlichen Regelung der beweglichen Ferientage zu kommen, damit nicht diejenigen Eltern z.B. bei der Urlaubsplanung benachteiligt werden, deren Kinder an verschiedenen Schulen unterrichtet werden?*

b) Rm. Alkenings/SPD – Nutzung von Sportanlagen

Rm. Alkenings reichte für die SPD-Fraktion folgende Anfrage ein:

Zurzeit wird im Sportbüro mit Hildener Fußballvereinen über neue Nutzungsbedingungen und -zeiten für Natur- und Kunstrasenplätze verhandelt. Die Verwaltung wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. *Wie ist der Sachstand dieser Verhandlungen und welchen Zeitplan für deren Umsetzung gibt es?*
2. *Welche Nutzungsmöglichkeiten und -zeiten sind für den nicht vereinsgebundenen Sport (Öffentlichkeit) vorgesehen?*
3. *Sind alle Fußballvereine in die Planungen eingezogen worden?*
4. *Sind die Nutzungen mit Auflagen verbunden? Wenn ja, welche und für wen?*
5. *Wer ist für die Einhaltung der Auflagen zuständig?*
6. *Hat es in den vergangenen drei Jahren Probleme mit der Einhaltung dieser Auflagen gegeben? Wenn ja, welche?*
7. *Existiert eine Stellungnahme des Stadtsportverbandes zu den o.a. Plänen?*
8. *Wie ist die Betreuung der Sportanlagen geregelt, wenn sie*
 - a) *von Schulen und Vereinen*
 - b) *von der Öffentlichkeit genutzt werden?*
9. *Hat es in naher Vergangenheit Veränderungen der Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit gegeben? Wenn ja, in welcher Form und weshalb?*

c) Rm. Alkenings/SPD – Förderung von Existenzgründern im Einzelhandel

Rm. Alkenings reichte für die SPD-Fraktion folgenden Antrag ein:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, wie Existenzgründer im Einzelhandel in der Innenstadt gefördert werden können. Vorbild hierfür sind die guten Erfahrungen im gewerblichen Bereich in Hilden (Gründerzentrum). Dieses Konzept sollte mit dem Stadtmarketing abgestimmt sein.

Begründung:

Im Wettbewerb mit den umliegenden Städten muss die Attraktivität unserer Innenstadt stetig verbessert werden. Eine erfolgreiche Innenstadt zeichnet sich auch durch das vielfältige Angebot der Waren aus. Neben dem großflächigen Einzelhandel und den Filialisten kommt vor allem den inhabergeführten Geschäften eine besondere Bedeutung zu. Durch die Förderung von Existenzgründern im Einzelhandel können neue Geschäftsideen und -angebote auf den Weg gebracht werden.

d) Rm. Bartel/Bündnis90/Die Grünen – Sicherheit von Schulbussen

Rm. Bartel reichte für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen folgende Anfrage ein:

In der vergangenen Woche wurde ein Bus, der Schülerinnen und Schülern beförderte, nach einer Kontrolle von der Polizei stillgelegt.

Anfrage:

- 1. Im welchen Umfang und zu welchem Zweck werden von der Stadt, städtischen Gesellschaften und sozialen Einrichtungen wie „Mühle" und „Freizeitgemeinschaft" regelmäßig Busse beauftragter Firmen eingesetzt?*
- 2. Hat die Stadt Hilden in ihren Verträgen mit den Busunternehmen Sicherheitskriterien vereinbart (Alter der Busse, Kilometerleistung, Wartungsintervalle ...), wenn ja, welche? Wenn nein, sollten entsprechende Anforderungen in Zukunft nicht vertraglich festgelegt werden (mit Anordnung einer Vertragsstrafe) ?*
- 3. Wie oft werden seitens der Polizei unangemeldet Busse auf ihre Sicherheit kontrolliert?*
- 4. Ist beabsichtigt, mit der Kreispolizeibehörde Gespräche zu führen mit dem Ziel, die Zahl der Kontrollen zu erhöhen?*
- 5. Liegt inzwischen der Verwaltung - wie von dem betroffenen Busunternehmen zugesagt - der TÜV-Bericht über den aus dem Verkehr gezogenen Bus vor?*
- 6. Beabsichtigt die Verwaltung rechtliche Schritte gegen den TÜV einzuleiten, falls der stillgelegte Bus im Juli wirklich ohne Beanstandungen durch die technische Prüfung gekommen sein sollte?*
- 7. Was wird die Stadt unternehmen, damit zukünftig nur sichere Busse im Auftrag der Stadt unterwegs sind?*

e) Rm. Weinrich/BA – Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.06.2007 zur CO-Pipeline

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

Der Rat hat am 13.06.2007 einstimmig einen Einwohnerantrag zur geplanten CO-Pipeline angenommen und diesen - ergänzt um vier Punkte aus einem Antrag der „Bürgeraktion Hilden“ - zu folgendem Beschluss erhoben:

„Der Bürgermeister der Stadt Hilden wird beauftragt, alles zu unternehmen, um den Bau der von der Fa. Bayer beauftragten Kohlenmonoxid-Pipeline, quer durch Hilden, zu verhindern.

Aus diesem Grunde wird er beauftragt, der vorzeitigen Besitzeinweisung und der folgenden Enteignung zu widersprechen. Sollte der Widerspruch nicht akzeptiert werden, wird der Bürgermeister beauftragt, mittels geeigneter rechtlicher Mittel die Interessen der Hildener Bürgerinnen und Bürger unverzüglich und nachhaltig zu vertreten.

Die dazu notwendigen Haushaltsmittel stellt der Rat unverzüglich bereit.

- 1. Der Rat der Stadt fordert den Bürgermeister auf prüfen zu lassen, unter welchen Voraussetzungen die Stadt bzw. eine Gesellschaft mit städtischer Beteiligung mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf gegen die Bezirksregierung Düsseldorf gegen die geplante Kohlenmonoxid (CO)-Pipeline der Firma Bayer Material Science AG vorgehen könnte. Ziel ist es, den Planfeststellungsbeschluss aufzuheben und damit den Bau und den Betrieb der Rohrleitung zu verhindern.*
- 2. Der Rat der Stadt strebt eine kommunale Verfassungsbeschwerde beim Landesverfassungsgerichtshof in Münster oder eine Klage gemeinsam mit allen von Enteignung bedrohten Hildener Grundeigentümern beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Anwaltskanzlei unverzüglich mit einem verfassungsrechtlichen Gutachten über die Erfolgsaussichten zu beauftragen und das weitere Verfahren mit den klageberechtigten Bürgerinnen und Bürgern abzustimmen.*
- 3. Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Unterstützung von Privatklagen ein städtisches Spendenkonto einzurichten, damit Bürgerinnen und Bürger unter Angabe des Verwendungszwecks „CO-Pipeline“ und eines einheitlichen Kassenzeichens bei ortsansässigen Banken Spenden auf die städtischen Konten überweisen können.*
- 4. Für die Klage vor dem Verwaltungsgericht und für die Erstellung eines verfassungsrechtlichen Gutachtens zu den Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde stellt der Rat zunächst überplanmäßig 50.000 EUR bereit.“*

In einem Schreiben des Haupt- und Personalamts vom 16.08.2007 wird einem Bürger, der sich gerichtlich gegen das Besitzeinweisungsverfahren zur Wehr setzt, mitgeteilt, „die Zusage der Kostenübernahme durch die Stadt Hilden (bezog sich) auf 50% der Kosten des Eilverfahrens gegen die Besitzeinweisung der BMS durch die Bezirksregierung“. Mit dieser Begründung ist die Bitte um die Beteiligung der Stadt an den Kosten für das weitere Verfahren abgelehnt worden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Stadtverwaltung:

- 1. Durch welche Mittel ist der Bürgermeister bis heute seinem Ratsauftrag nachgekommen, in Sachen „CO-Pipeline“ die Interessen der Hildener Bürgerinnen und Bürger „unverzüglich und nachhaltig zu vertreten“?*
- 2. Gegenüber wie vielen Personen hat die Stadt bis heute eine Zusage zur Kostenübernahme gegeben?*
- 3. Auf welcher Rechtsgrundlage hat die Stadtverwaltung diese Zusage zur Kostenübernahme abgegeben?*
- 4. Auf welcher Rechtsgrundlage hat die Stadt die Kostenübernahme auf die Kosten des Eilverfahrens beschränkt?*

5. *In welchem Rahmen stimmt die Stadtverwaltung das weitere Verfahren mit den klageberechtigten Bürgerinnen und Bürgern ab? Legt die Stadtverwaltung fest, welche Bürgerinnen und Bürger an diesem Abstimmungsprozess beteiligt werden?*
 6. *Wann ist mit der Vorlage eines verfassungsrechtlichen Gutachtens zu den Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde zu rechnen?*
 7. *Warum hat der Bürgermeister zwei Monate nach dem Ratsbeschluss immer noch kein städtisches Spendenkonto zur finanziellen Unterstützung von Privatklagen gegen die Pipeline eingerichtet bzw. dessen Einrichtung immer noch nicht öffentlich bekannt gemacht?*
 8. *Warum hat die Stadt zwar zum Thema „Hundesteuer“ eine Postwurfsendung an alle Hildener Haushalte verschickt, aber eine solche Bürgerinformation zum Thema „CO-Pipeline“ für verzichtbar gehalten? Mit welchen Kosten wäre eine Postwurfsendung der Stadt zum Thema „CO-Pipeline“ an alle Hildener Haushalte verbunden?*
- f) Rm. Weinrich/BA – Eingeschränkte Verfügbarkeit eines Platzwartes auf der Bezirkssportanlage

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

Mit dem Ausscheiden des Ehepaars Winkler als Platzwarte auf der Bezirkssportanlage (BSA) sind offenbar Veränderungen in Bezug auf die Einsatzzeiten des neuen Platzwartes und in Bezug auf die Verfügbarkeit der Anlage insgesamt verbunden.

Ich frage die Verwaltung:

1. *Trifft es zu, dass der neue Platzwart nur an maximal 12 Wochenenden zur Verfügung steht?*
2. *Trifft es zu, dass die die BSA an Wochenenden nutzenden Fußballvereine gewissermaßen in Eigenregie Platzwartaufgaben wahrnehmen müssen, um ihren Spielbetrieb durchführen zu können?*
3. *Was passiert am Spieltag bei Einwendungen des Schiedsrichters gegen den Platzaufbau, die Tornetzbefestigung oder die Linienabkreidung?*
4. *Wie kann bei Regen am Spieltag die Linienabkreidung sichergestellt werden, wenn Freitag der letzte Wochenarbeitsstag des Platzwarts ist?*
5. *Wie soll sichergestellt werden, dass die Sportvereine auch an Wochenenden Zugang zur BSA haben?*
6. *Wie will die Stadtverwaltung den Zugang zu den Umkleidekabinen regeln und sichern? Wie kann sichergestellt werden, dass die Kabinen nicht von Personen, die sich widerrechtlich in den Besitz der Schlüssel gebracht haben, ausgeräumt werden?*
7. *Trifft es zu, dass der Gymnastik- und Krafraum nur noch von montags bis donnerstags genutzt werden kann? Wenn ja, warum und aus welchen Gründen wurde diese Entscheidung von wem getroffen?*
8. *Trifft es zu, dass der neue Platzwart das von seinem Vorgänger jahrelang praktizierte Angebot an Erfrischungen nicht fortsetzt?*
9. *Wann sind die Sportvereine bzw. die Nutzer und Nutzerinnen der BSA von der Stadtverwaltung über diese Veränderungen informiert worden?*

10. *Wie vereinbart sich die reduzierte Verfügbarkeit eines Platzwartes, die daraus resultierende Übertragung von Platzwartaufgaben auf der BSA an Sportvereine und die eingeschränkte Nutzbarkeit des Kraft- und Gymnastikraums mit dem Anspruch der Stadtverwaltung, Hilden sei eine „Sportstadt“?*

g) Rm. Welke/FDP – Zugang Elbsee

Rm. Welke/FDP verwies darauf, dass die Umzäunung des Elbsees beschädigt sei und dies auch dazu genutzt werde, sich Zugang zum See zu verschaffen.

Beig. Danscheidt entgegnete, dass das Problem bekannt sei. Da der See aber zu Düsseldorf gehöre, seien diese auch zuständig. Es gebe aber eine Vereinbarung, wonach sowohl die Düsseldorfer als auch die Mitarbeiter des Hildener Ordnungsamt insbesondere an wärmeren Sommertagen regelmäßig Kontrollgänge machten.

h) Rm. Welke/FDP – Schaltschränke alter Markt

Rm. Welke/FDP verwies darauf dass im Rahmen der Renovierung des alten Marktes die Schaltschränke an die Ecke Mittelstr./Axlerhof versetzt werden. Momentan gäben diese kein schönes Bild ab.

Verwaltungsseitig wurde versichert, dass die Schränke noch verkleidet werden.

i) Rm. Horzella/dUH – Seniorenarbeit

Rm. Horzella reichte für die dUH-Fraktion folgende Anfrage ein:

*In der Sitzung des Rates am 09. April 2003, stellte die Fraktion der "die UNABHÄNGIGEN HILDEN" nachfolgend aufgeführten Antrag zur Seniorenarbeit.
Wir bitten um schriftliche Mitteilung des Sachstandes.*

Antrag

in der Sitzung des Rates am 9. April 2003

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Trägern der „Seniorenarbeit“ Richtlinien und Modelle zu entwickeln, die es ermöglichen, die Seniorenarbeit mit modernen, zeitangepassten und zukunftsorientierten Programmen dauerhaft fortzusetzen und zu finanzieren.

Grundlage dafür ist das von der Verwaltung im Juni 2002 vorgestellte Zukunftskonzept für die Altentagesstätten.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob für die Finanzierung der zu entwickelnden Konzepte für die Seniorenarbeit Eigenanteile, ähnlich wie im Kindergartenbereich, von den Nutzern erhoben werden müssen oder können. Möglichkeiten der Zusammenlegung mehrerer „Treffpunkte“, gemeinsame Trägerschaften, andere Zuschnitte der „Bezirke“ oder auch Privatisierungsmodelle sind vorbehaltlos zu untersuchen.

Es sind Berechnungen anzustellen, wie sich die Kostensituation (weniger Kreiszuschuss, ggf. höherer städtischer Zuschuss) für die Stadt Hilden darstellt, wenn der Kreis Mettmann sich tatsächlich aus der Mischfinanzierung bei den Altenbegegnungsstätten zurückzieht. Das Handlungskonzept soll so aufbereitet werden, dass es zum 01. Januar 2004 wirksam werden kann.

Begründung: Für die Seniorenarbeit bringt allein die Stadt Hilden für das Jahr 2003 (Hst.: 4700 7180, 4990 7800) 156 200,- € auf. In etwa der gleiche Anteil fließt als Kreiszuschuss, der über die Kreisumlage finanziert wird. Zusätzlich werden auf Antrag für Ersatzbeschaffungen und Instandsetzungen regelmäßig weitere städtische Zuschüsse geleistet. Im Verhältnis zur Alterstruktur der Stadt Hilden kommen die hier eingesetzten Mittel nur einem geringen Teil der an sich Berechtigten zu Gute. Neue attraktive Modelle und Angebote müssen bei bezahlbaren Bedingungen möglichst viele ältere Menschen dauerhaft erreichen und ansprechen.

II. Nichtöffentliche Sitzung

(...)

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Der Vorsitzende:

Bürgermeister

Der Schriftführer:

Stadtamtsrat

Gesehen:

Stadtverwaltungsrat